Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2 70 ohne Bestellgeld Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 21. Halle, Sonnabend, den 25. Januar 1919. 3. Jahrgang.

Der Geburtstag des neuen Preußen.

Die Schuld an unserer gegenwärtigen schwierigen Lage, die Last der Verantwortung für den vollkommenen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands trifft in voller Schwere das

alte Preußen der Herrschaft der Junker und Schlotbarone

Das Bütteltum der ostelbischen Gutsbezirke in die Politik übertragen, die absolute Feindschaft der preußischen Agrarier gegen jede demokratische Regung, ihr offener Hohn auf jede Volksfreiheit, die Großsprechereien und das Säbelrasseln der Alldeutschen und Kriegshetzer haben dem deutschen Volke den Haß und die Verachtung der ganzen Welt eingetragen.

Die November-Umwälzung hat den alten Junkerstaat beseitigt. Der Tag der Preußenwahl soll endgültig den letzten Rest der alten Gewalten hinwegfegen. Das deutsche Volk, das in Preußen wohnt, soll dafür sorgen, daß

am 26. Januar ein neues Preußen entsteht,

ein Preußen, in dem gleiches Recht, gleiche Bildungsmöglichkeiten, gleiche Pflichten gegen den Staat und die Allgemeinheit herrschen werden. Jeder, der ein solches neues Preußen schaffen helfen will, der wird am Sonntag seine Stimme geben der

sozialdemokratischen Liste Garbe.

An die denkenden Arbeiter.

Leider muß zur Zeit die Einschränkung, daß sich der Mahnruf nur an die denkenden Arbeiter richtet, gemacht werden, weil manche Arbeiter die Fähigkeit des prüfenden Abwägens, also des kritischen Denkens, verloren haben. Sie haben sich in einem Maße fanatisieren und auf einseitigste Urteile festkeilen lassen, daß mit ihnen über politische Parteifragen vorerst überhaupt nicht zu debattieren ist. Es wäre deshalb jetzt erfolglos, auch sie zu bitten, nüchternen Erwägungen Gehör zu schenken. Nur an die denkenden Arbeiter kann darum dieses Ersuchen ergehen.

Das deutsche Volk hat nunmehr gesprochen. Unter den etwa 30 Millionen Stimmen, die vorigen Sonntag in der deutschen Reichsrepublik bei Wahl der Nationalversammlung mögen abgegeben worden sein, werden sich an 14 Millionen befinden, die von Arbeitern und Arbeiterfrauen herrühren und für die Kandidaten der sozialdemokratischen Listen oder für die Unabhängigen in die Urnen geworfen wurden. Die Verteilung auf die beiden Parteien ist im Verhältnis von 7 : 1 erfolgt, wie auch die Mandate im gleichen Verhältnis von 7 : 1 diesen beiden Parteien zuzuteilen waren. Es haben demnach immer sieben Arbeiter oder Arbeiterfrauen für die Sozialdemokratie gestimmt, ehe ein einziger Arbeiter, eine einzige Arbeiterfrau sich für die Unabhängigen erklärt hat. Schon hierin liegt eine vernichtende Absage der deutschen Arbeiterklasse an die Unabhängigen und ihre „Politik", die nach dem bekannten Worte ihres eigenen Parteifreundes Dr. Breitscheid überhaupt keine Politik ist. Das Bild gestaltet sich jedoch noch viel trostloser für die Unabhängigen, wenn berücksichtigt wird, daß nur in elf Wahlkreisen hinreichend viele unabhängige Stimmen aufgebracht werden konnten, daß ihre Partei bei der Mandatverteilung in Frage gekommen ist. In sechs dieser elf Kreise fiel ihnen nur je ein Mandat zu, nämlich in Potsdam 1—9, in Potsdam 10, in Hannover-Braunschweig, in Arnsberg-Westfalen, in Franken und in Hamburg-Bremen. In Thüringen und Sachsen 10—14 errangen die Unabhängigen je 3, in Berlin 4, in Halle-Merseburg 5 Mandate. In allen anderen 26 Wahlkreisen sind die Unabhängigen so schwach vertreten, daß sie gar keine Liste aufstellen konnten, oder daß die Gesamtzahl ihrer Stimmen ein aussichtsloses Häufchen ausmachte. Unsere Partei hat dagegen in sämtlichen 37 Wahlkreisen Mandate erobert. Die Demokraten sind nicht vertreten in drei Wahlkreisen, das Zentrum in vierzehn, die Deutschnationalen in neun, die Deutsche Volkspartei (Natl.) in sechzehn Wahlkreisen. — Der Gesamtstärke nach rangieren die Unabhängigen mit den Nationalliberalen an letzter Stelle. Sie haben gegenüber ihrer Fraktionsstärke im Reichstage nichts gewonnen, während die Sozialdemokratie ihre Mandate von 86 auf 164 erhöht, mithin fast verdoppelt hat.

Diese nackten Ziffern sollten doch allen unabhängigen Arbeitern zu denken geben und ihnen die Erkenntnis nahelegen, daß sie sich auf falschem Wege befinden. Denn die kläglich törichte Ausrede der unabhängigen Führer, anderwärts sei das Wahlergebnis nur deshalb für sie so schlecht ausgefallen, weil ihnen dort keine Presse zur Verfügung gestanden habe und sie darum „nicht aufklärend" hätten wirken können, ist so echt unabhängig, daß wirklich jedes Wort verschwendet wäre, was der Widerlegung dieser hilflosen Ausflucht gewidmet wäre. In Berlin hatten die Unabhängigen vor Jahresfrist noch die Mehrheit. Sie geben dort außer der Freiheit noch die Republik und den Sozialist heraus, während die Sozialdemokratie nur über den Vorwärts verfügt, der auch noch während der vorletzten Woche vor der Wahl nicht erscheinen konnte, weil die Spartaciden durch seine Besetzung der Welt zeigen wollten, wie sie die Preßfreiheit verstehen. Trotz alledem der Mißerfolg auch in Berlin.

Die Mitglieder der unabhängigen Partei kehren derselben schon seit Wochen und Monaten zu Hunderten und Tausenden den Rücken und kehren wieder zurück zur sozialdemokratischen Partei, weil sie dahinter gekommen sind, daß sie von ihrer eigenen Partei, deren Presse und deren Führern belogen und betrogen worden sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch in den anderen Bezirken des Reiches, in denen die Unabhängigen noch stark vertreten sind, die gleiche Erscheinung sich bemerkbar machen wird. Auch in Halle, wo das unabhängige Organ mit nicht zu überbietender Demagogie und Wahrheitsscheu, sowie unter peinlichster Unterdrückung aller Tatsachen, die den Unabhängigen unbequem waren, seit zwei Jahren die Köpfe der Arbeiter und Arbeiterfrauen bearbeitet und dermaßen voreingenommen gemacht hat, daß auf augenblickliche Erfolge im größeren Umfange durch Belehrung kaum gerechnet werden darf, wird der Rückschlag kommen. Anfänge dazu zeigen sich schon jetzt. In unseren Parteiorganisationen hat während der letzten Wochen schon mancher Aufnahme gefunden, der bisher zu den Unabhängigen sich bekannte. Die Einzelflucht wird sich zur gegebenen Zeit zur Massenflucht gestalten. Die unabhängigen Führer sehen das auch voraus, und deshalb sind sie neuerdings so beredte Anwälte für eine Wiedervereinigung der beiden Parteien.

Noch als in und nach Würzburg im Herbst 1917 die Sozialdemokratie die Einigung anbot, hatten die Unabhängigen dafür nur spöttische Ablehnung zur Hand. Nachdem jedoch ein weiteres Jahr ins Land gegangen ist, neue Organisationen der Unabhängigen fast nirgends zu bilden waren, dafür aber nicht wenige alte zerbröckelt sind, nachdem vor allem die absolute Unmöglichkeit sich herausgestellt hat, das unabhängige Organisationsnetz über das ganze Reich auszudehnen, obwohl es an reichlichen Geldmitteln nicht gemangelt hat, geben die Haase und Vogtherr ihr Spiel verloren und möchten sich ein anständiges Begräbnis sichern durch Rückkehr zur alten Partei. Daß dieselbe mit allen Verbrechen und Lastern behaftet ist, die von der schmutzigen Phantasie unabhängiger Preßhelden ersonnen werden konnten, ist plötzlich kein Grund mehr zur Ablehnung der Vereinigung. Als vor zwei Jahren die Unabhängigen die Parteieinheit frevelhaft zerrissen, da war das der Sozialdemokratie von ihnen angedichtete Schuldkonto noch klein. Heute, wo die Unabhängigen die Vereinigung erstreben, wollen sie mit brüderlicher Milde über den inzwischen turmhoch angewachsenen Sündenberg wegblicken. Dieser auffällige Temperaturwechsel fällt nur dem auf, der die unabhängigen Wortführer nicht kennt. — Die Vereinigung kann jeden Augenblick vor sich gehen; denn dazu ist nur der Uebergang zur alten sozialdemokratischen Partei erforderlich. Eine andere Form der Verschmelzung kommt nicht in Frage. Meinen die unabhängigen Führer, daß sie gewisse Bedingungen stellen können, daß sie als gleichberechtigte Kontrahenten anzusehen seien, so werden sie sich solange gedulden müssen, bis auch ihnen das richtige Augenmaß für ihre Lage aufgegangen sein wird.

Haben die Arbeiter und Arbeiterfrauen noch nicht den politischen Zusammenbruch der Unabhängigen erkannt, so sollten ihnen die wirtschaftlichen Gefahren der unabhängigen Putschmethoden die Augen öffnen. Hier in Halle ist das besonders leicht. Die Unabhängigen sind sich seit Neuwahl des Soldatenrats nicht mehr desselben sicher. Während der A.-Rat der Regierung Ebert-Scheidemann das Vertrauen ausdrücklich entzogen hat, hat sich der S.-Rat ebenso ausdrücklich hinter die Regierung gestellt. Um nun unter Umständen ein durchgreifendes Zwangsmittel in der Hand zu haben, operieren die Unabhängigen mit dem Generalstreik. Sie drohen ihn für alle Fälle an, in denen es nicht nach Wunsch der Unabhängigen geht. Die

Plumper und gemeiner Wahlschwindel!

Die Deutsche demokratische Partei hat in den letzten Tagen vor der Wahl ein Flugblatt herausgegeben, das sich an die **Beamten** richtet und in dem zu lesen steht:

„Am 5. Dezember v. J. begab sich ein Vorstandsmitglied des Bundes Deutscher Justizsekretäre zu einem Empfange durch den Herrn Justizminister nach dem Abgeordnetenhause und hatte dort Gelegenheit, mit den Regierungsmitgliedern Hirsch und Ströbel bekannt zu werden und Beamtenfragen zu besprechen. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte der ebenfalls anwesende Herr Ströbel: Die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit, Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge werden wohl bald der Vergangenheit angehören. Während der ganzen Dauer des Gesprächs war Minister Hirsch zugegen und widersprach den Ausführungen des Herrn Ströbel nicht.

Das ist also die Fürsorge der Regierung für die Beamten! Die sichere Anstellung, das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenfürsorge, die einen Ausgleich bilden könnten, die sollen dem Beamten genommen werden."

Und mit diesem Schwindel kommen die **Demokraten** jetzt, nachdem bereits **Anfang der Woche die ganze Meldung als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet worden ist. Am 21. Januar** bereits brachte es die Deutsche Allgemeine Zeitung und verbreitete Wolffs Telegraphenbureau folgendes Dementi:

An dieser ganzen Erzählung, die offenbar nur zum Zwecke des Wahlmanövers erfunden worden ist, ist nicht ein Wort wahr. Eine derartige Unterredung mit Ströbel und Hirsch hat weder am 3. Dezember noch sonst irgendwann stattgefunden. Niemals ist es dem damaligen Minister Ströbel eingefallen, so irrsinniges Zeug zu reden, und niemals ist Minister Hirsch Zeuge einer solchen Unterredung gewesen. Richtig dagegen ist, daß die preußische Regierung am 12. Dezember eine von Hirsch und Ströbel unterzeichnete Bekanntmachung erlassen hat, durch die sämtlichen preußischen Behörden und Beamten versichert wurde, daß ihnen

„ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt"

gewahrt bleiben.

Die Deutsche demokratische Partei kannte diese Richtigstellung. Sie verbreitet also

bewußt die Unwahrheit.

Wer so leichtfertig mit Lügen umgeht, auf dessen Versprechungen ist nicht viel zu geben. Darum, Beamte und Lehrer,

keine Stimme den Demokraten.

Stimmt für die sozialdemokratische Liste Garbe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0001

Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sollen stillgelegt, die Kohlenförderung, der Bahntransport und die Frachtgutabrollung sollen eingestellt werden. Die Unabhängigen haben zwar öffentlich und wiederholt versichert, sie wollten mit den Spartaciden nichts zu tun haben. Aber diese Anwendung des politischen Massenstreiks ist so vollständig dem bolschewistischen Arsenal entnommen, daß man sich vergebens fragt, mit welchem Rechte die Unabhängigen schwören konnten, keine spartacidischen Methoden verfolgen zu wollen.

Sind die Arbeiter verpflichtet, dem Rufe nach einem Generalstreik unter allen Umständen Folge zu leisten? Die Frage ist rundweg zu verneinen. Der Generalstreik ist die letzte und schwerste Waffe, die dem Arbeiter zur Verfügung steht. Sie darf auch nur in den letzten und schwersten Fällen angewendet werden, nachdem alle möglichen anderen Mittel der Verständigung versagt haben. Ein Generalstreik, der die Versorgung mit Licht, Gas, Wasser, Kohle unterbindet, trifft die Tausende von Kranken, trifft die unschuldigen Säuglinge, wie die Verwundeten. Er zerreißt das Gefüge und schlägt mit derselben Wucht auf die Unschuldigen wie auf den Schuldigen. Hunderttausend sind unschuldig, zehn vielleicht schuldig. Der Generalstreik trifft sie alle gleich, die Wohlhabenden naturgemäß weniger hart als die Armen, die nach keiner Richtung ausweichen können. Alles das ergibt, daß mit dieser Waffe nur dann gekämpft werden darf, wenn es ums Größte geht und wenn alle anderen Mittel versagt haben. Aber den Generalstreik anwenden zu wollen als gewöhnliches Abwehrmittel, wäre so verbrecherisch, würde ein so völliges Fehlen jedes Verantwortungsgefühls verraten, daß alle, die das unternehmen wollten, schonungslos zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Die weitaus meisten Arbeiter werden diesen Standpunkt teilen. An ihnen würde es deshalb sein, eine Aufforderung zum Generalstreik, die nicht den unerläßlichen Voraussetzungen entspricht, unbeachtet zu lassen. Einem kleinen Personenkreis darf nimmermehr die Macht eingeräumt werden, nach eigenem Gutdünken und Ermessen endloses Wehe über Hunderttausende ganz Unschuldiger zu bringen.

Tagesgeschichte.

Ueber 11 Millionen Stimmen für die alte sozialdemokratische Partei.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Pfalz. Eine Zusammenrechnung der dort angegebenen Stimmenzahlen ergibt vom Kräfteverhältnis der Parteien folgendes Bild:

Sozialdemokraten	11 112 450
Unabhängige	2 186 305
Deutsche Demokraten	5 552 936
Christliche Volkspartei (Zentrum)	5 368 804
Deutschnationale	2 739 196
Deutsche Volkspartei	1 106 408
Bayerischer Bauernbund	273 718
Bayerische Mittelpartei	11 955
Schleswig-Holsteinischer Bauernbund	58 482
Braunschweigischer Landesverband	56 675

Danach wären 15 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 13 298 705 sozialistische. Wahrscheinlich wird eine genauere Aufstellung die Ziffern auf beiden Seiten noch etwas erhöhen, ohne jedoch am Kräfteverhältnis im Ganzen etwas zu ändern.

Eine genaue Berechnung nach Prozenten läßt sich angesichts der Unvollständigkeit des Materials noch nicht geben; aber die Mehrheitssozialdemokratie hat annähernd 38 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Unabhängigen dagegen nur knapp 7 Prozent, so daß ungefähr 45 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden.

Unabhängige und Spartakus.

Herr Schöning, Vorsitzender des Leipziger A.- und S.-Rates, Parteisekretär der Unabhängigen, führte in einer Sitzung des Großen Rates, in der es sich um die Festlegung der ferneren Taktik handelt, folgendes aus:

„Gerade die letzten Wochen haben erwiesen, wie unrichtig es ist, Hinz und Kunz Waffen zu geben, das hat sich deutlich in Zwickau gezeigt. Nachher kamen die Leute von Zwickau, um sich Hilfe in Leipzig zu holen. In Zwickau ist die unabhängige Bewegung durch eine „blödsinnige Taktik“ zugrunde gerichtet worden. Mit Handgranaten treibt man keine sozialistische Aufklärung. Einen solchen Unsinn mache ich nicht mit. Zur Sicherung der Revolution bin ich bereit, die wirklich organisierten und disziplinierten Arbeiter zu bewaffnen. Die Vorberatungen dazu sind im Gange, werden aber noch Zeit in Anspruch nehmen. Ich will kein frevles Spiel mit Menschenleben. Wir brauchen nicht die „Ausreißer von Halle und Zwickau, die uns ihre hirnverbrannten Ideen“ schenken wollen. Diese Schreier wollen nur Waffen, um zu zerstören, nicht um aufzubauen. Sie müssen sich erklären, was, welche Taktik Sie wollen.“

In Zwickau sind die organisierten Unabhängigen, die sich Rat und Hilfe aus Leipzig geholt haben, geschlossen zu den Spartakisten übergetreten. Leipzig erntet nun, was es durch seine Taktik verschuldet hat. —

Ausreißer von Halle mit den hirnverbrannten Ideen braucht man demnach in Leipzig scheinbar nicht und wendet sich scharf gegen sie. In Halle selbst stützt man moralisch ihr Treiben, findet wohl da und dort leere Worte gegen sie, niemals aber Taten. Leider nur zu oft ist hier die Grenzlinie zwischen Unabhängigen und Spartakisten verwischt und auch hier nach mancherlei Anzeichen mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß, wie in Zwickau und Chemnitz, die Unabhängigen zu den Spartakisten übergehen.

Ebert über die Wahlen zur Nationalversammlung.

Berlin, 24. Jan. Der Volksbeauftragte **Ebert** hat den Vertreter der Kölnischen Zeitung zu einer Unterredung empfangen. Dieser bat ihn, sich über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen auszusprechen. Ebert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehender Ausführungen: Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste ihres Besitzstandes zu erhalten vermocht. Für sie ist diese erste und wichtigste Wahl wirklich zum Volksgericht geworden. Die Demokraten haben verhältnismäßig gut abgeschnitten. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Die unabhängige Sozialdemokratie ist das geblieben, was sie immer war: ein Grüppchen. Ihr Anspruch auf völlige Gleichberechtigung mit uns wird durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns achtmal so stark zeigt, wie sie, die mit der deutschen Volkspartei der Herren Stresemann und Rießner am schlechtesten abgeschnitten hat. Noch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Uebernahme der Regierung. Sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, das unsern Grundsätzen widerspricht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Sitze mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur im demokratischem, sondern auch im sozialistischem Sinne erfolgt. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Verdacht begründet erscheinen ließ, als sähe sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsrevidierung. Solche Bestrebungen würden bei uns den heftigsten Widerstand finden. Jeder Versuch, die alten Machtverhältnisse, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht, wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Umsturz und damit für eine Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger je mehr untergraben müssen.

Mutter, schütze dein Kind!

Wir wollen Kinderfürsorge, wie sie von der Sozialdemokratie mit der Errichtung der Kinderschutzkommissionen angebahnt wurde.

Wir wollen, daß die Mutter als natürlicher Anwalt ihres Kindes in der Gemeinde und Parlament ihre Erfahrungen und Wünsche vorbringen kann. Deshalb sind wir für das Frauenstimmrecht, während die bürgerlichen Parteien dagegen sind.

Wir wollen ausreichende Bildung deiner Kinder, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Nicht vom Geldsack soll die Bildungsmöglichkeit mehr abhängen. Freie Bahn dem Tüchtigen!

Wir wollen Schutz für Mutter und Kind, also obligatorische Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge für die krankenversicherungspflichtigen Arbeiterfrauen und -töchter, obligatorische Hebammen- und Arzthilfe bei der Entbindung, Hauspflege für die Wöchnerinnen, Stillgeld für die stillenden Mütter. Heute müssen Hunderttausende von Frauen bis zum Tage der Entbindung arbeiten.

Wir wollen Ausbau der Witwen- und Waisenversicherung.

Wir wollen Schutz der Frauenarbeit in Werkstatt, Fabrik und Nähstube, Fabrik-Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wir wollen billige Nahrungsmittel für Frauen und Kinder, deshalb Abbau der Wucherpreise, Abbau der Wucherzölle.

Und was willst du tun?

Erfülle deine Pflicht und wähle die Liste der alten sozialdemokratischen Partei.

Stimme für die Liste Garbe.

Bremen hat Ruh'.

Unabhängige und Kommunisten haben bekanntlich Bremen zum sozialistischen Freistaat ausgerufen. Nach drei Tagen haben sie den sozialistischen Freistaat wieder abgerufen. die Republik für beendet erklärt und Wahlen zu einer konstituierenden bremischen Nationalversamlung ausgeschrieben. Herr Henke setzt in einem Artikel der Bremer Bürgerzeitung auseinander, warum dies geschah. Die sozialistische Revolution könne nur als internationale Revolution siegen: „Einstweilen ist in den sieghaften Ländern der Entente davon noch nicht viel zu spüren.“ Das sei sehr schlimm, aber man müsse sich mit den Dingen abfinden, wie sie sind. Eine See- und Handelsstadt wie Bremen könne nicht daran denken, für sich allein den Kommunismus durchzuführen. Das Vertrauen zu Bremen sei im Ausland wie im übrigen Deutschland rapide gesunken. Und was das Schlimmste sei: Bremen hätte keinen Kredit mehr bekommen, und da auch der Rat der bremischen Volksbeauftragten Geld brauche, von den Schwierigkeiten, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, gar nicht erst zu reden, so müsse man eben einen Pflock zurückstecken. Eine unfreiwillige Ruhepause trete ein, um das Schiff der Revolution nicht auf gefährliche Klippen auffahren zu lassen. Denn was die Revolution errungen, sei trotzalledem ein gewaltiger Fortschritt.

Wenn man in diese Abhandlung Deutschland statt Bremen setzt, hat man die vollendete Rechtfertigung der Mehrheitspolitik.

Warum die „Freiheit“ den Berliner Elektrikerstreit mißbilligt.

Das Berliner Organ der Unabhängigen, die **Freiheit** schreibt über die Arbeiter, die den Streik im Berliner städtischen Elektrizitätswerk inszeniert haben, recht unfreundlich. Das muß Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß die Unabhängigen sonst für alle möglichen unbesonnenen und wilden Streiks Worte der Beschönigung oder gar der Rechtfertigung gehabt haben. Aber das Rätsel dieser Stellungnahme löst die Freiheit selbst, indem sie schreibt:

„Bei den letzten großen politischen Bewegungen, bei denen Hunderttausende Berliner Arbeiter aus idealen Gründen zum Ausstand schritten, waren die Elektrizitätsarbeiter nicht an deren Seite.“

Wenn also die Arbeiter im städtischen Elektrizitätswerk gestreikt hätten, um die Niederringung des spartakistischen Terrorismus unmöglich zu machen, dann wären sie der Freiheit liebe Kinder. So aber, da sie sich den „idealen Gründen“ der Demonstrationsstreikhetze verschlossen, und lediglich um 60 Proz. Lohnzuschlag gestreikt haben, kann auch die Freiheit nicht umhin, ihnen ihr Mißfallen auszusprechen.

Die Schrittmacher der Spartakusleute.

Bei der Besprechung der Niederlage der Unabhängigen anläßlich der Wahlen hat Minister Auer bereits auf „die niederträchtigen Erpressungs- und Hetzversuche“ aufmerksam gemacht und den **Unabhängigen** erklärt, sie seien nur **die Schrittmacher der Spartakisten**, denen mit aller Schärfe entgegengetreten werden müsse.

Spartakus-Schwindel.

Durch die Presse ging eine Meldung, daß die Regierung beabsichtige, alle wehrpflichtigen Männer bis zum 35. Lebensjahre erneut einzuziehen. Dazu wird von authentischer Seite mitgeteilt: Nachdem Spartakus endgültig sein gewagtes Spiel in der Reichshauptstadt verloren hat, bemüht er sich hier und da noch durch Gerüchte Beunruhigung zu schaffen. So ist Eingeweihten schon seit mehreren Tagen bekannt, daß von dieser Seite her die Nachricht verbreitet wird daß Vorbereitungen getroffen seien, alle wehrfähigen Männer bis zum 35. Lebensjahre zum Zwecke des Ostschutzes neu einzuziehen. Das Unsinnige eines solchen Gerüchts liegt ohne weiteres auf der Hand.

Rosa Luxemburgs Tragödie.

In der **Freiheit** widmet der in so tragischer Weise ums Leben gekommenen Rosa Luxemburg ihre langjährige Freundin, nicht allenthalben Gesinnungsgenossin, Luise Kautsky, einen tief empfundenen Nachruf, der u. a. folgende sehr interessante Stelle enthält:

„Als ich sie im März 1918 sprach, stand sie dem Bolschewismus noch sehr kritisch gegenüber, äußerte sich über Trotzkis skeptisch, über Radek in den Tönen schärfster verächtlicher Ablehnung. Auch in späteren Briefen schrieb sie mir: „die unerhörten Gewaltakte und Grausamkeiten der Bolschewiki lassen mich nicht schlafen“ — —. Um so erstaunter war ich, als sie nach ihrer Entlassung aus der Haft sich zu rein bolschewistischen Methoden nicht nur bekannte, sondern sie auch leider zu praktizieren begann.“

Es ist ja bekannt, daß Rosa Luxemburg den Ausschluß Radeks aus der polnischen Partei wegen finanzieller Schmutzereien veranlaßte und auch für seinen Ausschluß aus der deutschen Partei eintrat. Ihre verhängnisvolle Wendung zum Bolschewismus war aber nach Frau Kautskys Darstellung ein Ereignis neuester Zeit. Wir denken über die Gewaltakte und Grausamkeiten des Bolschewismus — wie über Gewaltakte und Grausamkeiten überhaupt — noch immer so, wie Rosa Luxemburg einst über sie dachte, und darum gibt es für uns keinen Ausdruck des Abscheus, um unser Empfinden gegenüber der Schandtat, die an dieser Frau verübt wurde, zu kennzeichnen.

Berlin und Weimar.

Das Berliner Tageblatt versieht den Bericht über die Sitzung des Zentralrates vom 22. Januar mit der Ueberschrift: „Der Zentralrat gegen Weimar“. Diese Ueberschrift ist irreführend. Der Zentralrat hat in der bezeichneten Sitzung nur dagegen Einspruch erhoben, daß der Tagungsort ohne Zuziehung des Zentralrats festgesetzt worden ist. Eine Abstimmung über den Tagungsort ist im Zentralrat nicht vorgenommen worden. Aber es sind in der Sitzung des Zentralrats nord- und süddeutsche Mitglieder mit aller Entschiedenheit dagegen aufgetreten, daß die Nationalversammlung in Berlin zusammentreten solle.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Zu der Frage, was jetzt getan werden muß, um die Arbeitslosigkeit herabzumindern, heißt es im „Vorwärts“: Die einzige Möglichkeit, nutzbringend die gegenwärtig brachliegenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, und die weitere kolossale Wertvernichtung durch die Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist, die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen und zur Verbreiterung des Nahrungsmittelspielraums des deutschen Volkes nutzbar zu machen und damit an die Stelle von Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen.

Preußen und Polen.

Die Maßnahmen, die die preußische Regierung in der Polenfrage getroffen hat, haben dazu geführt, daß die Polen jetzt ein größeres Entgegenkommen an den Tag legen, und zu Verhandlungen bereit sind. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Verhandlungen in der nächsten Woche in Berlin beginnen. Die endgültige Regelung der polnischen Frage erfolgt natürlich erst auf der Friedenskonferenz.

Die deutsche Waffenstillstandskommission protestiert gegen die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages im besetzten Gebiet.

Berlin, 23. Jan. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages anstelle des bisherigen Achtstundentages befohlen. Gegen diese dem Waffenstillstand zuwiderlaufende Maßregel hat die Deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Jan. eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahmen wieder rückgängig gemacht wurde, so seien hiervon die bedenklichsten Rückforderungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterschaft sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklichst Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahme ersucht werden.

Die neue Regierung in Sachsen.

In der am Dienstag in Dresden abgehaltenen Sitzung des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates in Dresden wurde als erster Punkt über die Veränderungen in der Regierung verhandelt. Es werden vom Vollzugsausschuß folgende Vorschläge gemacht: Dr. Gradnauer Inneres, Harnisch-Chemnitz Justiz, Buck Kultus, Nitzsche Finanzen, Neuring Militärwesen, Schwarz und Held Arbeits- und Wirtschaftsministerium. Nach einer langen Debatte wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen von dem Berichte der Regierung Kenntnis genommen und damit die neue Ministerliste, auf der nun nur Mehrheitssozialisten stehen, genehmigt.

Interessante Wahlergebnisse.

In **Solingen**, dem früheren Wahlkreise Scheidemanns, das jetzt Hauptsitz einer unabhängig-spartakistischen Gewaltherrschaft ist, welche dort auch über die Arbeiterzeitungen verfügt, erhielten nach den amtlichen Feststellungen die Unabhängigen bei der Nationalratswahl 4548 Stimmen, die Sozialdemokratie fast das Doppelte, nämlich 8646 Stimmen. Etwas günstiger schnitten die Unabhängigen im Landkreis Solingen ab, wo sie 21 347 Stimmen gegen 18 5?? Stimmen der Partei erhielten. Im ganzen Wahlkreis Solingen hat die Richtung Scheidemann gleichwohl mit 27 568 Stimmen über 25 955 Stimmen der Unabhängigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0002
DFG

gesiegt. Die Demokraten erhielten 15 277. Das Zentrum 25 107, der nationale Mischmasch 7815 Stimmen, gewählt sind im ganzen Bezirk 3 Sozialdemokraten, 2 Unabhängige, 4 Zentrumsleute und 1 Demokrat.

Im Wahlkreis Arnsberg, zu dem Dortmund und Hagen-Schwelm gehören, erhielt die Sozialdemokratie 474 555 Stimmen, die Unabhängigen 52 274 Stimmen. Gewählt sind 7 Sozialdemokraten, kein Unabhängiger.

Kurze Nachrichten.

Der Zentralrat für die Preßfreiheit.

Der Zentralrat erläßt einen Aufruf an alle Arbeiter- und Soldatenräte, in dem er sich entschieden für die Aufrechterhaltung der Preßfreiheit ausspricht und alle Räte auffordert, mit aller Energie die uneingeschränkte Preß- und Meinungsfreiheit sicherzustellen.

Die unabhängigen Delegierten für Bern.

Wie wir hören, hat die unabhängige Sozialdemokratie Kautsky, Haase und Jäckel zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern delegiert.

Wieder Ruhe in Hamburg.

Hamburg, 24. Jan. Gestern herrschte hier vollständige Ruhe. Abends ist der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen worden.

Der ehemalige Leiter der Münchener Post und jetzige deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolph Müller hat die Amtsgeschäfte übernommen.

Die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten.

wird durch den Brief, den Friedrich Engels am 24. Oktober 1891 an F. A. Sorge in Neuyork schrieb (Briefe und Auszüge aus Briefen an F. A. Sorge u. a. S. 371) in bemerkenswerter Weise beleuchtet und gerechtfertigt. Engels sagt dort: „Trotz der russischen Hungersnot wird die Kriegsgefahr größer. Die Russen wollen die neue französische Allianz rasch und gründlich diplomatisch ausbeuten. Und obgleich ich überzeugt bin, daß die russische Diplomatie keinen Krieg will, so können doch militärische und panslawistische Strömungen das Oberwasser bekommen und ebenso in Wien, Berlin und Paris Dummheiten passieren, die den Krieg zum Ausbruch bringen. Ueber diesen Punkt haben Bebel und ich korrespondiert und wir sind der Ansicht, daß, wenn die Russen Krieg mit uns anfangen, die deutschen Sozialisten an outrance (bis zum äußersten) auf die Russen und ihre Bundesgenossen, wer sie auch seien, loshauen. Wird Deutschland erdrückt, dann auch wir, während der Kampf im günstigsten Falle ein so heftiger wird, daß Deutschland sich nur durch revolutionäre Mittel halten kann und daß daher sehr möglicherweise wir gezwungen werden, ans Ruder zu kommen und 1793 zu spielen. Bebel hat darüber in Berlin eine Rede gehalten, die in der französischen Presse viel Aufsehen gemacht. Ich werde versuchen, dies den Franzosen in ihrer eigenen Sprache klarzumachen, was nicht leicht ist. Aber obwohl ich es für ein sehr großes Pech halte, wenn es zum Kriege käme und wenn dieser uns vorzeitig ans Ruder brächte, so muß man doch für diesen Fall gerüstet sein. Und es freut mich, daß ich da Bebel, der weitaus der tüchtigste unserer Leute ist, auf meiner Seite habe."

Die Ansicht von Engels und Bebel, die in diesen Zeilen niedergelegt ist, zeugt einmal von dem staatsmännischen Weitblick der beiden Männer, da die Dinge zwar nicht 1891, wohl aber zweieinhalb Jahrzehnt später so kamen, wie sie es vorhersagten. Zum anderen ergibt sich aus den Ausführungen Engels, daß die alte sozialdemokratische Partei die grundsätzlich richtige Politik getrieben hat. Demgegenüber fallen die Vorwürfe der Unabhängigen in nichts zusammen. Engels erklärt es schließlich für „Pech", wenn die Sozialdemokratie durch die Wirkungen eines Krieges „vorzeitig" ans Ruder käme. Unter diesem „Vorzeitig" versteht er zweifellos einen Zeitpunkt, in dem das Wirtschaftsleben noch nicht für die allgemeine Sozialisierung herangereift ist. Auch in dieser Beziehung hat Engels und mit ihm Bebel die Dinge mit wunderbarer Klarheit vorausgesehen. Wäre unser Wirtschaftsleben dichter an die Sozialisierung herangewachsen, als es in Wirklichkeit der Fall ist, so würde es innerhalb der Sozialdemokratie nicht Spaltungen und Parteiungen von der jetzt hervorgetretenen Schroffheit geben. Die Aeußerung von Engels steht auch in auffälligem Gegensatze zu der Auffassung von Rosa Luxemburg, die meint, das Proletariat könne nicht früh genug zur Herrschaft kommen und müsse revolutionäre Anstürme gegen die herrschenden Gewalten unternehmen, auch wenn deren Scheitern so gut wie sicher sei. Engels war eben kein Freund von Putschen, ebensowenig wie Bebel. Der Bolschewismus und die Spartakustreibereien beruhen auf einem mißverstandenen Marxismus und einer nur durch doktrinäre Weltfremdheit erklärbaren Verkennung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Der Mißerfolg des falsch verstandenen Marxismus liegt in Rußland klar zutage. Es ist rätselhaft, wie Menschen, die sonst klar zu denken vermögen, das in Rußland fehlgeschlagene Experiment bei uns zu wiederholen versuchen und dem deutschen Volke einen Anschauungsunterricht erteilen wollen, der weite Kreise mit einer scharfen Gegnerschaft nicht nur gegen die doktrinären Irrlehrer, sondern gegen die Sozialdemokratie überhaupt durchdringen muß.

Die Schuldigen an dem Berliner Blutvergießen.

Eichhorn — Dorrenbach — Drach.

Die unabhängigen Sozialdemokraten sind um Jahreswende aus der Regierung ausgetreten, weil sie das Vorgehen der Regierung gegen die Volksmarinedivision am 23. und 24. Dezember nicht glaubten verantworten zu können. Jetzt ist gegen den ehemaligen Führer der Volksmarinedivision, den geflüchteten Dorrenbach, einem früher aus dem Heeresdienste ausgestoßenen Kavallerie-Oberleutnant, Steckbrief erlassen worden. Die Volksmarinedivision hat selbst das gesamte Material gegen ihn gesammelt. Danach hat Dorrenbach nach einer geheimen Verabredung mit den Führern des Spartakusbundes die Besetzung der Reichskanzlei am 23. Dezember und den blutigen Kampf mit den Regierungstruppen am 24. Dezember mutwillig selbst herbeigeführt. So hat er die Matrosen absichtlich falsch darüber unterrichtet, unter welchen Bedingungen die Regierung ihnen den geforderten Soldzuschlag zahlen wollte, hat die Unterschriften der Finanzminister Südekum und Simon gefälscht, um die Matrosen über den wahren Sachverhalt zu täuschen und schließlich nach Unterschlagung größerer Geldsummen die Flucht ergriffen. So sieht der Mann aus, dessentwegen die Unabhängigen die angebahnte Einheit des Proletariats wieder zertrümmert haben!

Seit dem Spartakusputsch, vom 5. Januar fordern die Unabhängigen stürmisch den Rücktritt von Ebert und Scheidemann. Dabei hat die Wahrheit selbst enthüllen müssen, daß der Hauptführer der Spartakisten bei der Besetzung der Zeitungen, Fritz Drach, ein Polizeispitzel des alten Regimes gewesen ist. Auch das Blutvergießen in der Woche vom 5. zum 11. Januar ist von der Verschwörergesellschaft um Eichhorn planmäßig und vollkommen bewußt herbeigeführt worden. Der damalige Stadtkommandant Genosse Alfons Fischer traf bekanntlich am Sonntag, den 5. Januar, im Marstall Ledebour, Eichhorn, Dorrenbach und eine Reihe Spartakistenführer in eifriger Beratung über den neuen Geheimvertrag, der die Modalitäten des Vorgehens und den Beuteanteil jedes einzelnen feststellen sollte. Diese blutigen Verschwörer sind es, denen zuliebe die Unabhängigen dann den denkbar wütendsten Feldzug gegen die Regierung entfesselt und zu deren Schutz sie die Arbeiter auf die Straßen gerufen haben. Es ist das Spiel nichtswürdiger Verbrecher, das die Unabhängigen blind gegen die Regierung gespielt haben.

Jetzt schreien die Unabhängigen nach Einigung, nicht ohne für diese Einigung der acht oder zehnmal größeren sozialdemokratischen Partei ihre Bedingungen vorzuschreiben. Dabei ist es kein Geringerer als Kautsky selbst, der in Breitscheids Sozialist festgestellt hat, daß die Unabhängigen im November und Dezember alle Einigungsversuche der Sozialdemokratie ohne jede Erörterung abgelehnt haben. Wahrlich, die Unabhängigen hätten eine noch viel schwerere Niederlage verdient, als sie bei den Nationalratswahlen erlitten haben.

Volksgenossen! Volksgenossinnen!

Noch einmal müßt ihr wählen!

Wählt

am 26. Januar cr. um eurer selbst willen alle

die Liste der alten sozialdemokr. Partei

Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle.
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg.
Schröder, Heinrich, Arbeitersekretär, Erfurt.
Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle.
Richter, Friedrich, Eisenbahner und Kleinlandwirt, Brachstedt.
Schmidt, Hermann, Geschäftsführer, Nordhausen.
Schütze, Heinrich, Eisenbahnrechnungs-Revisor, Erfurt.
Schulze, Karl, Lehrer, Bad Schmiedeberg.
Reißhaus, Karl, Kaufmann, Erfurt.
Kollat, Martha, Wirtschafterin, Piesteritz.
Weickart, Hermann, Bezirksleiter, Zeitz.
Bimberg, Hermann, Geschäftsführer, Erfurt.
Spengler, Paul, Geschäftsführer, Bitterfeld.
Privenau, Wilhelm, Geschäftsführer, Piesteritz.
Marckwitz, Richard, Buchdruckereibesitzer, Mühlhausen i. Th.
Dittrich, Otto, Buchhändler, Falkenberg.
Becker, Reinhold, Dreher, Halle.
Winkler, August, Schriftsetzer, Naumburg.
Drescher, Reinhold, Bezirkssekretär, Halle.

Die Liste beginnt mit dem Namen

Garbe.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung der gastwirtschaftlichen Angestellten

ist nicht auf Berlin beschränkt geblieben, sondern hat auch nach den Provinzstädten starke Wellen geschlagen. Doch wäre die Annahme, als ob die Kellner nur auf die Vorgänge in Berlin gewartet hätten, durchaus verfehlt. Im Gegenteil setzte sofort nach Ausbruch der Revolution eine lebhafte Bewegung ein zur Erringung fester Löhne. In folgenden Städten wurde durch Schaffung eines Uebergangs- oder Nottarifs eine Art Waffenstillstand geschlossen: Breslau, Braunschweig, Danzig, Düsseldorf, Duisburg, Flensburg, Frankfurt a. Main, Elberfeld-Barmen, Essen a. Ruhr, Hamburg-Altona, Hannover, Harburg a. E., Kiel, Mühlheim a. Ruhr, Neumünster und Rüstringen.

Alle diese unter Beibehaltung des Trinkgeldsystems abgeschlossenen Tarife tragen das besondere Merkmal, daß sie ausdrücklich nur als Provisorien bezeichnet sind, sei es bis zum Friedensschluß, bis zum 1. April oder ähnlichen entsprechenden Terminen. An allen anderen größeren Plätzen sind ebenfalls Lohnbewegungen im Gange, und zwar erstrecken sich dieselben nicht nur auf die Kellner, sondern, wie erfreulicherweise festgestellt werden kann, auf das gesamte Personal bis zum letzten Küchenmädchen. — In einigen Städten wurde die von Unternehmerseite angebotene tarifliche Festlegung einer Erhöhung des Lohnes unter Beibehaltung des Trinkgeldsystems abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß die Gehilfenschaft lieber gleich einen Tarif mit fester Entlohnung abschließen wolle.

Soziales.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat im Jahre 1918 die Zahl seiner Ortsgruppen von 100 auf 750 erhöht. Allein im Monat Dezember wurden 104 neue Ortsgruppen gegründet und in den bestehenden Ortsgruppen die Mitgliederzahl vielfach verdoppelt. Zu Jahresanfang hatte der Reichsbund keine zehntausend Mitglieder, jetzt hat er das erste Hunderttausend überschritten.

Die anderen Kriegsbeschädigten-Organisationen führen, soweit die Revolution ihnen nicht, wie dem gelben Essener Verband, das Lebenslicht gänzlich ausgeblasen hat, ein kümmerliches Schattendasein. Der Reichsbund erwartet vom neuen Jahre vor allem die Erfüllung seiner alten Hauptforderung, daß ihm in der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums für die Neuregelung der ganzen Kriegsbeschädigten-Versorgung ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.

Aus dem Reiche.

Dessau. Einen bedauerlichen Unfall erlitt am Freitag der Arbeiter Otto Kleeblatt von hier. Als er morgens ½5 Uhr in den anfahrenden Greppiner Zug steigen wollte, wurde er von nachdrängenden Kollegen vom Trittbrett gestoßen und kam unter die Räder, wobei ihm das linke Bein abgequetscht wurde, das nach seiner sofortigen Einlieferung ins Krankenhaus amputiert werden mußte.

Leipzig. Verschiebung der Frühjahrsmesse. Die diesjährige, auf den 2. bis 3. März anberaumte Frühjahrsmesse wird ausnahmsweise eine Verschiebung erfahren, und zwar wird der Aufsichtsrat des Meßamtes eine solche zu Ende April beschließen. Die Hauptgründe hierfür sind Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten, die Unsicherheit in der Rohstoffbeschaffung und damit der Preisstellung und ähnliches.

Altenburg. Aufgehobenes Spitzbubennest. Einer der vielen Diebstähle, die auf dem Flugplatz verübt worden sind, wurde durch den Soldatenrat der Fea aufgedeckt. Bei der Witwe S. in der Paditzer Straße, die in der Fliegerküche beschäftigt ist, wurden so große Mengen gestohlener Nahrungsmittel, Wäsche usw. beschlagnahmt, daß zu deren Fortschaffung das große Flieger-Auto notwendig war.

Plauen (Vogtl.), 24. Januar. Der Stadtrat hat beschlossen, von morgen ab bis auf weiteres den Betrieb der Straßenbahn auf allen Linien wegen Kohlenmangels einzustellen.

Die Lage auf dem Kohlenmarkt.

In den letzten 14 Tagen hat sich die Lage auf dem Kohlenmarkt ungeheuer verschärft. Im Ruhrgebiet ist infolge der Abgabe des rollenden Materials, insbesondere der Lokomotiven an die Entente, die Wagengestellung noch unter die Förderung gesunken. Die Gestellung beträgt z. B. etwa 10 000 Wagen arbeitstäglich gegen einen normalen Bahnversand von 24 000 Wagen während des Krieges.

In Oberschlesien ist die Zahl der täglich beladenen Wagen ebenfalls in der letzten Zeit infolge des Streiks und der allgemein unsicheren Verhältnisse erschreckend gesunken. Am 20. d. M. hielt sich die Wagengestellung sogar unter 2000 gegenüber 10—20 000 Wagen arbeitstäglich im Kriege und 5000 in den letzten Wochen.

Die gesamte Wagengestellung in den Hauptkohlenrevieren, die normal etwa 50 000 Wagen täglich beträgt, war im Dezember 1918 auf rund 30 000 Wagen, in der ersten Hälfte des Januar d. J. auf nur 26 000 Wagen gefallen. Diese Zahlen kennzeichnen die Lage am besten.

Während im Ruhrrevier unter der Einwirkung des Umstandes, daß die Eisenbahn in der letzten Zeit die Förderung nicht immer hat abfahren können, sich mäßige Bestände gebildet haben, sind heute in Oberschlesien so gut wie gar keine Vorräte mehr vorhanden.

Was die Versorgung anbetrifft, so sind auch bei den Eisenbahnen in den letzten 2—3 Wochen die Bestände bedeutend zurückgegangen und reichten am 13. Januar bei den preußischen Eisenbahndirektionen westlich der Elbe noch für etwa 15 Tage, östlich der Elbe dagegen nur für 9, teils sogar für noch weniger Tage. Die Gefahr, daß der Fahrplan nicht mehr eingehalten werden kann, ist täglich vorhanden, im Bezirk Bromberg ist es bereits soweit.

In einer sehr schwierigen Lage befinden sich die Elektrizitätswerke, deren Betrieb nur unter äußersten Beschränkungen aufrecht erhalten werden kann.

Die Lage der Gaswerke ist nahezu verzweifelt. In Süddeutschland sind Stillstände in großem Umfange zu befürchten; München hat bis in den Februar hinein noch Vorrat, aber Nürnberg, Augsburg, Bamberg und andere Städte sind bereits äußerst eingeschränkt. Aehnlich ist es in Thüringen, auch Dresden und Leipzig stehen schon seit Wochen vor der Stillegung; es ist bisher immer noch gelungen, diese durch Beschlagnahme abzuwenden, doch scheidet dies Aushilfsmittel nunmehr aus. Von Hamburg konnte die Gefahr des Stillstandes nur durch Beschlagnahme von für Berliner Gaswerke bestimmten Kohlen abgewendet werden.

Die Nahrungsmittel-Industrie konnte durch die ihr zuteil werdende Bevorzugung bisher noch einigermaßen versorgt werden. Die Dampfmühlen sind aber jetzt durchweg bereits mehr oder minder gefährdet, besondern die Großmühlen; so ist bei einigen Mühlen im Osten die Arbeitsmöglichkeit schon für die nächsten Tage fraglich.

Die übrige Industrie kann nur noch mit ganz geringen Mengen und nur ganz unregelmäßig beliefert werden. Soweit es möglich ist, werden außer der Nahrungsmittelindustrie noch einige wichtige Industrien besonders bevorzugt, z. B. der Lokomotivbau, dessen normaler täglicher Bedarf (etwa 220 Wagen) bei der jetzigen Lage auch nicht annähernd gedeckt werden kann.

Unter diesen Umständen muß natürlich die Ausfuhr auf das äußerste eingeschränkt werden.

Letzte Nachrichten.

Neuwahl der Gemeindeparlamente bis 2. März.

Die Regierung bestimmt in einer Verordnung, daß die gegenwärtigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden und die Neuwahlen bis zum 2. März zu erfolgen haben. Die Gemeindevertretungen werden nach allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach dem Grundsatze der Verhältniswahlen gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Herabsetzung der Kartoffelration und Erhöhung der Fleischration.

Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf fünf Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkte an hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von anderthalb Pfund auf ein Pfund zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, das Nähere zu veranlassen.

Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorger einen Ausgleich zu schaffen, ist vom 3. Februar an die Wochen-Kopfmenge Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je hundert Gramm erhöht worden, so daß statt der bisherigen hundert Gramm in Gemeinden bis 50 000 Einwohnern zweihundert, statt einhundertfünfzig Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohner zweihundertfünfzig Gramm und statt der zweihundert Gramm in den Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern dreihundert Gramm auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für die Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von vierhundert Gramm wieder auf den früheren Satz von fünfhundert Gramm erhöht worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0003

Wähler und Wählerinnen in Preußen.

Die Wahlschlacht zur Nationalversammlung für das Deutsche Reich ist geschlagen. Sie hat im ganzen Reiche, mit wenigen Ausnahmen, mit einem **herrlichen Siege für die alte Sozialdemokratische Partei** geendet. Rund die **Hälfte aller Stimmen ist auf unsere Partei entfallen.** Demnach wird die Nationalversammlung eine Zusammensetzung erfahren, die **kapitalistisch reaktionären Bestrebungen niederhalten wird.** Für immer ist die

alte Kapitals- und Gewaltherrschaft im Reiche gestürzt.

Aber das Werk der Befreiung ist damit **noch nicht vollendet.** Es gilt noch, **auch in Preußen** sei ist eine wichtige Wahlschlacht zu schlagen. Kommenden Sonntag, den 26. Januar, ist die

Wahl für die Preußische Nationalversammlung.

Da gilt es nun, auch **das alte reaktionäre Preußen** für immer verschwinden zu lassen. **Das alte Preußen** war der **Bremsklotz für jede freiheitliche Entwickelung** im Reiche. Jetzt soll es **eingereiht** werden in ein

neues, freies, sozialistisches deutsches Reich.

Nicht mehr Bremsklotz, sondern ein **mächtiger Hebel für Sozialismus und Demokratie** soll Preußen sein.

Wer das will,

muß wissen, daß die Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung von größter Bedeutung sind.

Auf! Ans Werk!

Aus den Trümmern des alten Preußen soll wie ein Phönix aus der Asche ein herrliches Glied im Reichsganzen erstehen.

Helft alle daran mit, die ihr den Blick vorwärts und aufwärts richtet!

Helft am 26. Januar der Alten Sozialdemokratischen Partei das Werk **vollenden,** das am 19. Januar so herrlich **begonnen** wurde. **Hinter uns** liegt eine Zeit voll Schmerz und Trauer, Not und Sorgen, die **Gegenwart** ist ernst und hart, aber eine bessere schönere **Zukunft** winkt uns.

Dem Volk

ist jetzt die Möglichkeit gegeben, sein Schicksal selbst zu schmieden.

In seiner eigenen Hand liegt seine Zukunft,

darum

Heraus! Zur Wahl!

Kandidaten der Alten Sozialdemokratischen Partei.
Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle.
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg
Schrader, Heinrich, Arbeitersekretär, Erfurt.
Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle.
Richter, Friedrich, Eisenbahner und Kleinlandwirt, Brachstedt.
Schmidt, Hermann, Geschäftsführer, Nordhausen.
Schulze, Karl, Lehrer, Bad Schmiedeberg.
Reißhaus, Paul, Kaufmann, Erfurt
Kollat, Frau, Martha, Wirtschafterin, Piesteritz.
Weichart, Hermann, Bezirksleiter, Zeitz.
Zimberg, Hermann, Geschäftsführer, Erfurt.
Spengler, Karl, Geschäftsführer, Bitterfeld.
Privenau, Wilhelm, Geschäftsführer, Piesteritz.
Markewitz, Richard, Buchdruckereibesitzer, Mühlhausen i. Thür.
Dietrich, Otto, Buchhändler, Falkenberg.
Petter, Reinhold, Dreher, Halle.
Winkler, August, Schriftsetzer, Naumburg.
Dreicher, Reinhold, Bezirkssekretär, Halle

Frauen und Mädchen!

Auch am nächsten Sonntag **müßt** Ihr wählen! Durch Eure Stimme könnt Ihr die Vaterlands- und Fraueninteressen vertreten! Genau so wichtig und ausschlaggebend wie am vorigen Sonntag sind Eure Stimmen am 26. Januar!

Geht früh zur Urne!

Verband Hallischer Frauenvereine!

Nationaler Frauendienst, Vaterländischer Frauenverein, Verband evangelischer Mädchenvereine, Florenbund deutscher Frauen, Hausfrauenbund, Kaufm. Verein f. weibl. Angestellte, Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, Lehrerinnenverein, Frauenbildungsverein, Landwirtschaftl. Hausfrauenverein, Deutsch. Frauenverein v. Rot. Kreuz für die Kolonien, Jugendgruppe für soziale Hilfsarbeit, Deutschevgl. Frauenbund, Ortsgr. Halle, Katholischer Frauenbund, Katholischer Müttervereen, Elisabethverein, Verein kath. kaufm. Gehilfinnen und Beamtinnen, Katholischer Mädchenschutzverein, Verein d. Beamtinnen d. Post und Telegraphie, Israelitischer Frauenverein, Verein für Deutsche Frauenkleidung und -kultur, Kaiserbund, Rechtsschutzverein, Vereinigung selbständiger Damenschneiderinnen, Studentinnenverein, Deutsch. christ. Vereinigung stud. Frauen, Berufsarbeiterinnen-Vereinigung für innere Mission, Berufsorganisation der Kindergärtnerinnen, Evang. nationaler Arbeiterinnenverein, Frauenverein f. Armen- und Krankenpflege, Bund abitirender Frauen, Verband der Sozialbeamtinnen, Verein der Eisenbahnbeamtinnen, Frauenhilfe, Missionsverein St. Marien, Frauenverein St. Matth., Missionsverein Domgemeinde, Neumarkt-Krankenverein, Georgen-Missionsverein, Gebetskreis der Armen- und Krankenverein, Georgen-Armenverein, Paulus Missions- und Nähverein, Freiler Frauenverein, Frauenverein der Johannisgemeinde, Gustav-Adolf Frauenverein, Gewerkschaftlicher Verein für erwerbende Frauen und Mädchen, Deutsch-Mädchenbund.

Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts,** sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verlorengeht. Sie helfen den Kameraden in den Ostseeprovinzen zu keinem ungestörten Abzug. Wehren müssen wir uns. Meldet euch freiwillig zum Grenzschutz; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und euch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwerbungen von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das **Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten.** Ihr sollt das Überrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Errungenschaften der Revolution sicherstellen und die im Innern geschaffenen Neueinrichtungen verteidigen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution! Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getötet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Generalkommando IV. Armeekorps.
Abt. Ia Nr. 800.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ostsee — **außerhalb** der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — **innerhalb** der Reichsgrenzen — können sich bei

jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Ostsee, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **zwecklos** und werden **nicht berücksichtigt.**

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsanzug** mitzubringen. Soweit er noch feldtauchbar, kann er vom Staat gegen den Abschätzungswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist anzunehmen.

III. **Bedingungen:**

1. In Betracht kommen nur felddienstfähige, moralisch einwandfreie Persönlichkeiten, die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens halbes Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
   a) Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande;
   b) Kavallerie: Verwendung im Kavallerie-Schützenregiment oder als Div.-Kav.;
   c) Pionere: Verwendung im Kompagnie-Verbande;
   d) Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet;
   e) Trainformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappen-Formationen.

   Auch Matrosen, die infanteristisch ausgebildet sind und sonst den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden.

   Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
2. Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. M. Wird die Kündigung zu dieser Frist von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
3. Unterordnung unter die eingesetzten Vorgesetzten, **denen Soldaten-(Vertrauens-) Räte zur Seite stehen.** Anerkennung der bisher gültigen Kriegsgesetze. (Änderung derselben ist eingeleitet.)
4. Anerkennung nachstehender Gebührnisse für Ostsee und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:
   A. Offiziere und Beamte:
      a) mobile Gebührnisse,
      b) soweit sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 angewiesen wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdrittel nachträglich.
   B. Unteroffiziere und Mannschaften:
      a) mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich,
      b) Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mk. täglich. Im Gebiet des Ostsee außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark, für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.
5. Verpflegung:
   a) Im Gebiet des Ostsee: Mobile Verpflegung.
   b) Im Grenzschutz Ost: Stäbe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbeköstigung ist unzulässig. Läßt sie sich in Einzelfällen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zuständig. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.
6. Unterkunft:
   Sowohl im Gebiet des Ostsee als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.
7. Versorgung:
   a) Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militärdienst herangezogen im Sinne der Militärversorgungs-Gesetze.
   b) Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
   c) Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heere.

Von seiten des Generalkommandos.
Der Chef des Generalstabes.
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Exekutivausschuß IV. Armeekorps.
Bock.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Nach Rückkehr aus dem Felde halte ich meine Tätigkeit wieder aufgenommen.
Otto Kulf,
Schuhmacher,
früher Gr. Wallstraße 42,
jetzt Weißenfelserstr. 4, Hof 1. Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 21. Halle, Sonnabend, den 25. Januar 1919. 3. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. Januar 1919.

Auf zur zweiten Wahlschlacht!

Die erste Wahlschlacht ist geschlagen, die alte Sozialdemokratie ist als stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervorgegangen. Das deutsche Volk hat der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und ihren Vertretern in der Reichsregierung ein Vertrauensvotum ausgestellt. Zugleich hat aber auch die Arbeiterklasse kundgetan, daß die von unabhängiger Seite jetzt so geschäftig aufgeworfene Frage nach Herstellung einer Einheitsfront von ihr bereits entschieden ist. Die Arbeiterschaft ist in ihrer erdrückenden Mehrheit längst einig. Sie steht

hinter der alten Partei.

Sie bleibt ihr und sich selber treu. Diese Tatsache verbürgt uns auch neue Erfolge für die zweite Wahlschlacht, die am **26. Januar geschlagen werden muß.**

Die in Preußen vorhandene Klasse der Junker und Scharfmacher darf nie wieder zu Einfluß kommen. Die neue Zeit soll dem Volke die durch den Krieg verlorenen gegangenen Kulturgüter so schnell wie möglich wiederbringen und die Erfolge der Revolution sichern und ausbauen. Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung müssen zu einem

Volksgericht über die preußischen Wahlrechtsfeinde

werden. Wer erinnert sich nicht der frivolen Komödien, die noch kurz vor dem völligen Zusammenbruch Deutschlands gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen im Dreiklassenparlament aufgeführt wurden. Soll in Preußen wieder eine Mehrheit der erlauchten Herren zusammenkommen, die den Großgrundbesitzern und anderen privilegierten Ständen Vorrechte einräumt, und die drückendsten Lasten auf die Schultern des erwerbstätigen Volkes abwälzt? Das darf nicht geschehen. Es darf auch nicht wieder vorkommen, daß auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenfragen der rückständige Geist altpreußischer „gnädiger" Herren herrscht. Das Junkerparlament vernachlässigt den Ausbau der Verkehrswege, und es brachte es sogar fertig, ein Kulturwerk wie den Mittellandkanal aus egoistischen Gründen abzulehnen.

Der preußische Staat mit seinen großen fiskalischen Gruben, mit seinen Forsten und Domänen, mit seinen Eisenbahnen, Schulen und anderen Einrichtungen, kommt aber auch als größter Arbeitgeber in Betracht. Eisenbahnarbeiter, Lehrer und Staatsbeamte, denkt daran, wie an euch gesündigt wurde. Geht zur Wahl, alle, die ihr Freiheit und Gerechtigkeit liebt. Wählt am 26. Jan. die Liste der **alten sozialdemokratischen Partei**, die mit dem Namen

Hermann Garbe

beginnt und auf der

Arbeiter, Lehrer und Beamte

stehen. Wähler und Wählerinnen, erlahmt nicht! Euer eigenes Wohlergehen erfordert eifrigste Tätigkeit. Beteiligt euch an den Wahlarbeiten und sorgt dafür, daß der Wille des Volkes auch in Preußen oberstes Gesetz werde.

Stimmt für die Liste Garbe.

Sperrung der Gasabgabe.

Die Hoffnung, daß die Versorgung des Gaswerks mit Kohle sich bessern würde, hat sich leider bis heute nicht erfüllt. Die Schwierigkeiten der ausreichenden Wagengestellung insbesondere in den Kohlenrevieren, sind nicht nur nicht geringer geworden, sondern haben sich im Gegenteil noch verschärft, und es besteht auch keine Aussicht, daß in nächster Zeit eine Besserung der Verhältnisse eintreten wird. Unter diesen Umständen ist das Gaswerk leider genötigt, die Gasentnahme bis auf einen geringen Bruchteil des Tages zu sperren, um dadurch den Betrieb möglichst lange vor dem vollständigen Erliegen zu bewahren.

Vom Montag, den 27. Januar, ab wird laut heutiger Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichskommissars die Gassperre auf die Zeiten von 7½ Uhr **vormittags bis 6 Uhr nachmittags und von 10 Uhr abends bis 6 Uhr vormittags ausgedehnt.** Innerhalb dieser Sperrzeiten darf Gas auch dann nicht aus der Leitung entnommen werden, wenn die Druckverhältnisse in Rohrnetz dies in einzelnen Fällen möglich machen sollten. Es ergeht gleichzeitig an die Gasverbraucher die dringende Mahnung, in dem Gasverbrauche so sparsam zu verfahren, als dies nur irgend möglich ist. Keine entbehrliche Flamme darf jetzt benutzt werden, wenn nicht **die Gefahr heraufbeschworen werden soll, daß das Werk innerhalb einer Woche genötigt sein wird, den Betrieb vollständig einzustellen.**

---

* **Sozialisierung des Bergbaues im Regierungsbezirk Merseburg.** Durch die bürgerliche Presse des Bezirks geht die Meldung, daß der aus Unabhängigen bestehende A.-Rat für den Regierungsbezirk mitteilt, daß er sämtliche Bergbaubetriebe für Kohle, Kali und Kupfer der Bezirke Halle, Mansfeld, Zeitz, Weißenfels und Bitterfeld zum Zwecke der schleunigen Sozialisierung unter seine Kontrolle genommen habe, ebenso das Halle'sche Oberbergamt. Etwaiger Widerstand gegen die Vergesellschaftung der Bergbaubetriebe soll durch Generalstreik gebrochen werden. — Wie weit zur Stunde die Ausführung dieses Beschlusses gediehen ist, ist noch nicht bekannt geworden.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung: 1. **Einführung eines Stadtrats.** 2. Nachbewilligung für Kap. XX, E. II 5 des **Hauptetats.** 3. Gesuch um Zahlung der im September bewilligten **einmaligen Teuerungszulage.** 4. Desgleichen. 5. Gesuch um Lohnregulierung. 6. Gesuch um Regulierung von Einkommens- und Dienstverhältnissen. 7. Desgl. 8. Gesuch um Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern. 9. Gesuch um Wiederbeschäftigung. 10. Gesuch um Einkommensregulierung. 11. Gesuch um Aenderung von Dienstverträgen. 12. Gesuch von Kriegsbeschädigten um Vergünstigungen bei Benutzung des Stadtbades und der Straßenbahn. — Nichtöffentliche Sitzung: 13. Pensionierung eines Lehrers.

* **Die Sitzung des großen Arbeiterrates** findet Montag, den 27. Januar, abends 7 Uhr (nicht 6 Uhr) statt. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben.

* **Umsatzsteuererklärungen.** Die Frist zur Abgabe der Umsatzsteuererklärungen endigt mit dem 31. Januar 1919. Auf begründeten Antrag kann das Umsatzsteueramt die Frist verlängern. Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, wird ein Zuschlag bis zu 10 Proz. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das neue Umsatzsteuergesetz außer dem Warenumsatz auch alle sonstigen Leistungen der Umsatzsteuer unterwirft. Es haben somit auch selbständige Maurer, Agenten, Bücherrevisoren, Kommissionäre usw. eine Umsatzsteuererklärung abzugeben. Steuerpflichtig sind die reinen Einnahmen. Ausgaben dürfen also nicht abgezogen werden. Dieser Einnahmebetrag darf nicht schätzungsweise angegeben, er muß vielmehr auf Grund der für jeden Steuerpflichtigen gesetzlich vorgeschriebenen Buchführung genau ermittelt werden.

* **Das Ende der Feldpost.** Der Staatssekretär des Reichspostamts gibt bekannt: Infolge der Demobilmachung des Heeres und der Marine treten die den Heeres- und Marineangehörigen gewährten Portovergünstigungen für Feldpostsendungen außer Kraft. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

Noch einmal:
Wer ist am 26. Januar wahlberechtigt:

Zur preußischen Landesversammlung können alle Wähler und Wählerinnen wählen, die für die Nationalversammlungswahlen wahlberechtigt waren und in der Wählerliste standen. Nur die Ausländer sind diesmal ausgeschlossen, dahingegen können auch Sachsen, Bayern, Badenser usw. wählen. Soldaten, die nicht in der Wählerliste stehen, müssen sich durch die zuständige Stelle eine Bescheinigung ausstellen lassen. In Halle geschieht dies am besten durch den Soldatenrat.

Listenverbindung.

Zu der morgen stattfindenden Preußenwahl sind die **Listen der alten sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen nicht** verbunden. Dagegen haben die **Demokraten**, die angeblichen Vorkämpfer für Freiheit und Fortschritt ihre **Liste verbunden** mit der christlichen Volkspartei und der deutschen Volkspartei, **mit dem reaktionären Zentrum und den nationalliberalen Kriegshetzern und Großindustriellen.** Wer die demokratischen Ziele, für die die Deutsche demokratische Partei angeblich kämpft, erfüllt sehen will, der kann nicht für eine Partei stimmen, die mit Rückschrittlern Arm in Arm geht und evtl. der Reaktion Mandate zuschanzt, sondern der **muß seine Stimme der alten sozialdemokratischen Partei geben**

der Liste Garbe.

* **Vom Mieteinigungsamt** aus wird folgendes bekannt gegeben: Der große Geschäftsandrang hat zur Folge, daß auch die „unverzüglich" (d. h. grundsätzlich acht Tage) nach Erhalt der Kündigung eingereichten Anträge auf Entscheidung des Mieteinigungsamtes nicht binnen 8—10 Tagen erledigt werden können. Es wird nun darauf aufmerksam gemacht, daß der Mieter die Zeit bis zum Termin nicht unnötig verstreichen lassen darf. Im Sinne der Mieterschutzverordnung liegt es, daß jeder gefündigte Mieter sich nach einer anderen Wohnung umsehen soll. Das Mieteinigungsamt hat bisher die meisten Kündigungen für unwirksam erklärt. Aussicht auf Genehmigung der Kündigung ist aber vorhanden, wenn anstatt einer aus wenigen Personen bestehenden Familie eine kinderreiche Familie in die Wohnung untergebracht werden soll. Das müßte aber einwandfrei nachgewiesen werden. Umgekehrt werden Kündigungen gegen kinderreiche Familien höchstens dann genehmigt, wenn ganz besondere Gründe die Lösung des Mietverhältnisses fordern. Mietverträge, Kündigungsschreiben, schriftliche Vollmachten sind zum Termin stets mitzubringen. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Mieteinigungsamt befugt ist, den Mietern die Erlaubnis zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Aufnahme anderer Personen (Abgabe von möblierten Zimmern) zu erteilen, wenn der Hauswirt die Genehmigung dazu verweigert. Der Mieter braucht nicht zu befürchten, daß ihm dann gekündigt werden könnte, da das Mieteinigungsamt eine Kündigung aus diesem Grunde nicht zulassen wird. Auch Mietserhöhungen dürfen grundsätzlich nicht eintreten, wenn ein Mieter, der bisher nicht abvermietete, sich dazu entschließt. Die Unterbringung der zahlreichen jungen Leute, die als junge Ehepaare oder Einzelstehende nur durch Untermiete ein Obdach finden können, ist soziale Pflicht aller. Sie ist es insbesondere gegenüber den Studenten, die nach jahrelangem Kriegsdienst ihre Studien hier fortsetzen wollen. Insbesondere gilt dies auch für die Inhaber der sogenannten herrschaftlichen Wohnungen. Mietsteigerungen können vom Wirt nicht einseitig verfügt werden. Der Mieter muß zustimmen. Lehnt er es ab, so muß der Vermieter kündigen. Jede Kündigung ist aber fünftig nur noch mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes zulässig. Das Mieteinigungsamt wird eine Kündigung, die nur wegen Ablehnung eines Steigerungsbegehrens erfolgt ist, regelmäßig nicht zulassen und gleichzeitig den Betrag des künftigen Mietzins festsetzen. Dabei wird ein Zuschlag von 10 Prozent zur Friedensmiete zugelassen. Unter besonderen Umständen auch 15 Prozent. Ein Zuschlag über 15 Prozent wird nur ganz ausnahmsweise festgesetzt werden, etwa bei Mietern, die seit langen Jahren ohne Steigerung, vielleicht sogar mit Kriegsnachlaß gewohnt haben.

* **Ein Militärauto auf offener Straße geraubt.** Am Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, wurde ein der hiesigen Fliegerabteilung gehörender Audi-Personen-Kraftwagen Nr. 8749 in der Reilstraße in der Nähe des Angerweges, von drei bewaffneten Infanteristen angehalten und der Führer aufgefordert, den Wagen zu verlassen. Als der Kraftfahrer sich weigerte, wurde er von einem der Soldaten angegriffen und unter Vorhalten der Waffe zum Verlassen des Wagens gezwungen. Die drei Infanteristen bestiegen den Wagen und fuhren in der Richtung Trotha davon. Wer Angaben über die Täter und den Verbleib des Wagens machen kann, wird gebeten, seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71 oder 73, mitzuteilen.

* **Eine Betriebszulage ist den Postbeamten** vom Reichspostamt in nahe Aussicht gestellt worden. Diese Betriebszulage, die insbesondere den Betriebsbeamten zugute kommen soll, wird in verschiedener Höhe gewährt werden, doch steht Näheres hierüber noch nicht fest.

* **Der Bund technischer Berufsstände** hat auf Montag abend eine Versammlung in die Germania-Säle einberufen, in der Herr Genest-Berlin das Thema „Der Techniker im Wirtschaftsleben" behandeln wird.

Zoologischer Garten. Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, findet Konzert vom Görlach-Orchester unter Leitung des Musikdirektors H. Görlach statt. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pfg., für Kinder 20 Pfg., für Militär ohne Dienstgrad vorm. 10 Pfg., nachm. 20 Pfg.

Stadttheater. Heute, Sonnabend, geht „Die Rose von Stambul" in Szene. Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, wird als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Flotows komische Oper „Stradella" wiederholt. Sonntag abend erste Wiederholung von Pfitzners Oper „Der arme Heinrich". Montag findet eine Aufführung von Zöllners Oper „Die versunkene Glocke" statt. Dienstag „Carmen". Mittwoch „Der arme Heinrich". Donnerstag zum ersten Male „Nur ein Traum", Lustspiel von Lothar Schmidt. Freitag „Ueber unsere Kraft", 2. Teil. Sonnabend „Lohengrin".

Thalia-Theater. Am Sonntag, den 26. Januar, abends 7½ Uhr, gelangt das Lustspiel „Komtesse Guckerl" von Schönthan und Koppel-Ellfeld unter der Spielleitung von Eugen Teuscher zur Aufführung.

Ausgabe von neuen Kartoffelkarten. § 1. Vom Montag, den 27. Januar bis Sonnabend, den 1. Februar 1919, werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken gegen Vorlage des Lebensmittelscheines Kartoffelkarten mit den Nummern 33—48 ausgegeben. Haushalte, die seit 1. Oktober einen Wohnungswechsel vorgenommen, haben, erhalten die Kartoffelkarten in der Ausgabestelle, in deren Gebiet sie vor dem 1. Oktober gewohnt haben. Die neue Wohnung ist bei Empfangnahme der Kartoffelkarten (zur Berichtigung der Kontrollkarte) anzugeben. — § 2. Es erhält jede im Lebensmittelschein eingetragene Person eines Haushaltes eine Kartoffelkarte; jedoch dürfen Kartoffelkarten nicht bezogen werden: 1. für Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre (die Altereintragung im Lebensmittelschein ist maßgebend); 2. für Personen und Haushaltungen, die Kartoffeln als Wintervorrat auf Bezugsscheine oder auf einem anderen Wege bezogen haben; 3. für Personen, die Land mit Kartoffeln besteckt hatten und mit den geernteten Kartoffeln dem festgesetzten Versorgungsplane entsprechend noch über den 10. Februar 1919 hinaus ausreichen müssen. Diese dürfen Kartoffelkarten erst entnehmen und Kartoffeln beziehen, wenn ihre Ernte dem Versorgungsplane entsprechend aufgebraucht ist. Alsdann findet die Ausgabe von Kartoffelkarten an Selbstversorger im Stadternährungsamt (Kartoffelkartenstelle) statt. § 3. Wer widerrechtlich Karten in Anspruch nimmt, wird gemäß § 18 der Verordnung vom 18. Juli 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die auf Grund erschlichener Karten bezogenen Kartoffeln können nach § 17 der genannten Verordnung jederzeit ohne Entschädigung für verfallen erklärt werden.

Die Kartoffelmenge, welche in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar auf die Marke 30 der Kartoffelkarte gekauft und verkauft bezw. in Haushaltungen, Anstalten usw, welche mit Kartoffeln versorgt sind, verbraucht werden darf, wird mit sieben Pfund für den Kopf festgesetzt.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Montag für die Lebensmittelscheine 46 001—47 300 vormittags von 9—12 Uhr und 47 301—49 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person wird ein Ei zum Preise von 42 Pfg. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Montag für die Lebensmittelscheine 53 001—54 200 vormittags von 8—11 Uhr und 54 201—56 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfg. abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Montag auf Abschnitt 8 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstr. 38, Milchhändler Hopfeld, Streiberstr. 29 und bei der Milchhändlerin Schwenke, Beesener Str. 68. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgeben. Die Abschnitte sind bis 30. Januar abzuliefern.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst die in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf 200 Gramm festgesetzt.

Die Verbrauchsmenge an Rohfleisch und Wurst aus Rohfleisch für die Woche vom 27. Januar bis 2. Februar wird auf 500 Gramm festgesetzt.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Montag und Dienstag, bei den von ihnen gewählten Großhändlern, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Lehrerverein Halle-Land.

Am 18. Januar 1919 sprach in unserer gutbesuchten Versammlung Herr Rektor Saupe über „Sozialdemokratie und Schule". Er führte u. a. aus: Die Frage sei außerordentlich zeitgemäß. Es sei nicht seine Aufgabe, Stellung zu den schulpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie zu nehmen, sondern aus dem Wesen der Sozialdemokratie die Schulforderungen zu erklären.

Nachdem er die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Partei gekennzeichnet hatte, leitete er daraus die Kernforderungen der sozialdemokratischen Schulreform, nämlich Einheitlichkeit, Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, ab. Die Einheitsschule sei bei der Sozialdemokratie zunächst in horizontaler Beziehung zu verstehen. Das ganze Schulwesen soll vom Reiche durch Reichsschulgesetz, einheitlich geordnet werden.

Der Redner kennzeichnete dann die Bedeutung der Einheitsschule für die Landschule. Die Einheitlichkeit des Bildungswesens soll nach der Auffassung der Sozialdemokratie auch nicht durch konfessionelle Grundsätze durchbrochen werden; die Sozialdemokratie verlangt die weltliche Schule. Der Vortragende zeigte die absprechende Auffassung des größten Teiles der Lehrerschaft, der am Religionsunterricht festhalte. Um die Einheitsschule in vollem Umfange durchzuführen, verlange die Partei völlige Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Sie tritt weiter für die Wehrhaftmachung der Jugend, für Selbstverwaltung der Schule, Oeffentlichkeit des Unterrichts, für die kollegiale Schulleitung, für Elternbeiräte und für Arbeitsunterricht ein. Zum Schlusse betonte der Redner die Frage, ob die einzelnen Berufsstände politische Sonderorganisationen bilden sollten. Er lehnte das ab, er forderte zwar eine größere politische Betätigung der Lehrerschaft, die Lehrer sollten in die Partei eintreten, die ihrer Weltanschauung entspreche, als Ganzes sollten sie sich nicht einer Partei anschließen und in ihr organisieren, sondern versuchen, das Schulprogramm der Lehrerschaft in mehreren Parteien durchzusetzen. Jeder sollte dort Anschluß suchen, wo er nach seiner politischen Gesamtanschauung hingehöre.

Der reiche Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seinen ausführlichen, feisselnden Vortrag. Die anschließende Aussprache lehnte die Oeffentlichkeit des Unterrichts und die Wählbarkeit der Lehrer auf Zeit, als eine Gefahr für Schule und Lehrer, ab.

Aus der Provinz.

Merseburg. Für die Feststellung des **Wahlresultates** am kommenden Sonntag ist eine **Aenderung** eingetreten. Das vorläufige Wahlergebnis haben die Wahlvorsteher in den einzelnen Ortschaften des Kreises Merseburg noch am Abend dem Landratsamt hier mitzuteilen. Damit wird eine frühere Feststellung des vorläufigen Wahlresultates erzielt. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0005

Wahlakten sind wie bisher dem Wahlkommissar Knoblauch in Merseburg (Schloß) einzureichen.

Naumburg. Schießereien. Hierüber teilt der Soldatenrat folgendes mit: Es handelte sich hierbei um das rüpelhafte Benehmen unreifer Burschen, die mit Zündern von Handgranaten Unfug trieben. Da diese Schießerei völlig ungefährlich ist, liegt Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung nicht vor, wohl aber sind die Schuldigen bereits vom Soldatenrat gehörig bestraft worden, denn derartige Rüpeleien müssen möglichst bald niedergehalten werden. Der Soldatenrat bittet, bei wieder vorkommenden Fällen ihm die Namen der Täter zu bringen, die dann noch strengere Bestrafung als die ersten zu gewärtigen haben.

Baasdorf (Anhalt). Es gibt immer noch Köpenickiaden. Auf dem hiesigen Schulzenamte erschien ein Offizierstellvertreter und machte Quartiere für 7 Offiziere, 20 Mann und 65 Pferde des Feldartillerie-Regiments Nr. 74, die am kommenden Montag hier eintreffen sollten. Der Offizierstellvertreter blieb gleich hier im Quartier und ließ sichs wohl gehen. Sonnabend morgen borgte er sich von Gutspächter Nette ein Pferd, von einem anderen einen Breakwagen, Decken, Peitsche usw., um eine Dienstfahrt nach Glauzig zu unternehmen. In Wirklichkeit ist er aber nach Cöthen gefahren. Als vorsichtiger Mann hatte er sich auch von verschiedenen Leuten noch Anzahlungen machen lassen für Pferde, die er „hinten herum" vor der Versteigerung besorgen wollte. Der Quartiermacher soll heute noch wiederkommen, und mit ihm sind Pferd, Wagen, Decken usw. verschwunden.

Kunst und Wissenschaft.

Stadttheater.

Nach längerer Pause wurde der Opernspielplan am Donnerstag mit einer Erstaufführung aufgefrischt. Hoffentlich ist die Theaterleitung bald wieder in der Lage, mit der sogenannten „Kriegskost" aufzuräumen, die in unzähligen Wiederholungen alter Stücke bestand, die man in den letzten Jahren fast zum Ueberdruß gesehen hat. Mit Hans Pfitzners Musikdrama „Der arme Heinrich" lernten wir nicht nur ein neues Werk, sondern auch einen, wenigstens für Halle, neuen Komponisten kennen, von welchem wir wohl noch weitere Proben seines Könnens erwarten dürfen. Hans Pfitzner, der sich schon durch seine Bearbeitungen von Bruchs Loreley und Marschners Templer und Jüdin die Aufmerksamkeit der musikalischen Welt erwarb, hat in dem mittelalterlichen Epos des Hartmann von der Aue den Vorwurf für seinen Armen Heinrich gefunden, welchen ihm Johannes Grun als Opernlibretto dramatisierte. (Auch Gerh. Hauptmann hat den gleichen Stoff bereits in einem Drama behandelt, ohne jedoch einen nennenswerten Bühnenerfolg damit zu erzielen.) Pfitzners Tonsprache wandelt stark in den Bahnen Wagners, doch tritt bei ersterem nicht die Ausgeprägtheit des Leitmotivs hervor. Die schwüle Stimmung des Fieberkranken wechselt ab mit dem Erlösungsthema, das in der Partie der Agnes sehr schön zur Geltung kommt. Aber Pfitzner macht es, wie fast alle Modernen, den Sängern nicht leicht. Er malt in dunklen, oft sogar grellen Farben, sobald er das Orchester sprechen läßt, überträgt diesem die Melodie und der Sänger hat die schwere undankbare Aufgabe zu etwa 40 Instrumenten die Begleitung zu sein. Das ist das Merkwürdige an dieser Zukunftsmusik. Die auffallendsten Schönheiten des Werkes liegen unstreitig im letzten Akt, der nur ein wenig zu unselbständig ist und zu viel Götterdämmerung enthält. Da, wo Jubel und Verklärung einsetzen, ist Pfitzners Musik fast restlos schlackenfrei, und besonders wo Harfe und Streicher dominieren, zeigen sich wohltuende Formen.

Die Aufführung zeugte von großem Fleiß aller angespannten Kräfte. Unser Heldentenor Oscar Volz bot in der Verkörperung des Ritter Heinrich eine gut ausgefeilte Charakterstudie und schöpfte auch aus dem reichen Fonds seiner Stimme aus dem Vollen. Volz ist ein Sänger, dem man noch eine große Zukunft prophezeien kann. Fast ebenbürtig stand ihm der treue Dietrich Fritz Kerzmanns zur Seite, der seiner Aufgabe bereits in der großen Erzählung des 1. Aktes mit markigen Akzenten gerecht wurde, aber auch den weicheren Stimmungen Rechnung zu tragen wußte. Die sympathischste Figur, die in ihrer kindlichen Unschuld rührend gezeichnete Agnes, gab Frieda Schmidt Gelegenheit, ihre gesanglichen Vorzüge sowohl als die Wärme des Vortrags bestens zu betätigen. Vielleicht wäre für das grüne Kostüm ein helleres Gewand vorteilhafter gewesen. Dina Mahlendorff war in der Mutterrolle der Hilde etwas zu jugendlich, durfte aber ebenfalls an den Ehrungen des Abends reichen Anteil nehmen. Die kleinere Rolle des Arztes lag bei August Roesler in besten Händen. Das Orchester hielt sich unter Oskar Brauns Leitung sehr tapfer. Der Beifall des ausverkauften Hauses war besonders am Schluß sehr stark, und der Komponist leistete inmitten der Darsteller, geführt von dem Spielleiter Direktor Sachse und dem Dirigenten Oskar Braun, mehrfachen Hervorrufen Folge. Wbr.

Am 23. Januar 1919 beging der Hallische Maler Heinrich Kopp seinen 50. Geburtstag. Dieser feine Künstler hat bisher noch nicht die Anerkennung beim deutschen Kunstpublikum gefunden, die ihm eigentlich gebührt. In stillem, stetem, eifrigem Schaffen hat er bisher ein achtunggebietendes Lebenswerk geliefert, so daß es wohl angebracht scheint, einen kurzen Rückblick auf seine Arbeit zu werfen. Seine Hauptwerke sind stille, vollwertige Landschaften, alle ausgezeichnet durch eine brillante Tonigkeit der Malerei und intimste Naturbetrachtung. Seine gehaltvolle und reife Kunst hat ihm einen weiten Kreis Kunstsinniger gesichert, die seine Werke wohl zu würdigen verstehen, und es ist daher kein Wunder, wenn seine Bilder gleich von der Staffelei weg gekauft werden. In die Häuser der Kunstfreunde muß man gehen, dort wird man die große Mehrzahl seiner intimen Gemälde und fein abgetönten und doch so farbig wirkenden Aquarelle entdecken. In unseren öffentlichen Kunstsammlungen ist er leider ungenügend vertreten. — Am 23. Januar 1869 in Reinheim am Odenwald geboren, erhielt er seine erste Schulung an der Karlsruher Akademie. Später ging er nach München. Er arbeitete lange Zeit als Plakatzeichner für graphische Zwecke und als Kunstgewerbler. Kein Gebiet blieb ihm fremd. So ausgerüstet traf ihn ein Ruf als Lehrer an die damalige Handwerkerschule, dem er Folge leistete, und heute ist er hochgeschätztes Mitglied des Lehrkörpers der inzwischen zur Kunstgewerbeschule umgewandelten Anstalt. Er sieht die Natur mit den Augen des Poeten und verkündet ihre landschaftliche Schönheit Gleichgesinnter mit einer eindringlichen Kraft, der sich keiner entziehen kann. Im zarten Duft des Lenzes, in der glutvollen Pracht des Sommers, im goldenen Herbst- oder Winterkleid, überall tritt uns seine Landschaft als meisterhafte Schöpfung entgegen. Romantische Motive in schlichter Komposition und Malweise bilden eins seiner Lieblingsthemata. Auf der Höhe des Lebens schaffend, wird er uns hoffentlich noch manches treffliche Kunstwerk schenken.

Bekanntmachung.

Gemäß Ziffer I der Bekanntmachung des Magistrats vom 26. September 1918 betr. die Sicherstellung des Betriebes des städt. Gaswerks setze ich die Sperrzeit mit Wirkung vom Montag, den 27. Januar 1919, bis auf weiteres von

7½ Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags und
10 Uhr abends bis 6 Uhr vormittags

fest.

Während der Sperrzeit darf im Versorgungsgebiet des städt. Gaswerks der Gasleitung kein Gas entnommen werden.

Halle, den 24. Januar 1919.

Der Vertrauensmann des Reichs-Kommissars für die Kohlenverteilung (Abt. Gas und Wasser). Schmidt.

Der A.- und S.-Rat. Gröbel.

Bekanntmachung.

Vom 26. Januar 1919 ab haben zu schließen:

1. Um 9½ Uhr abends Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser, Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen oder Getränke verabreicht werden, und alle öffentlichen Vergnügungsstätten mit Ausnahme der unter 2 und 3 genannten.
2. Um 10 Uhr abends Lichtspielhäuser, Variétés, Theater (ausschließlich Stadttheater), sowie Räume, in denen Schaustellungen stattfinden.
3. Um 11 Uhr abends das Stadttheater.

Halle, den 24. Januar 1919.

Für den A.- und S.-Rat: gez. K. Reiwand. — Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

II. Nachtrag
zur Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 27. September 1918.

Auf Grund der §§ 58—61 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 435) wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

Artikel 1.

§ 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. September 1918 erhält folgenden Zusatz:

Das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben jedoch gestattet.

Artikel 2.

§ 6 Abs. 2 und 3 der Verordnung vom 27. September 1918 werden aufgehoben.

Artikel 3.

Die Worte: „und Brotzusatz" im § 7 und die Worte: „mit Ausnahme der Zusatzbrotmarken für Schwerstarbeiter" im § 8 Abs. 1 der Verordnung vom 27. September 1918 sind zu streichen.

Artikel 4.

Im Artikel 2 des 1. Nachtrages zu der obengenannten Verordnung werden die Worte:

„soweit diese nicht als Schwerarbeiter bereits eine Zusatzbrotmarke beziehen"

gestrichen; ebenso im Artikel 3 die Worte:

"die an die Haushaltsangehörigen, soweit sie nicht Schwerarbeiter sind, ausgegeben werden".

Artikel 5.

Die Verordnung vom 16. August 1918 über die Abgabestellen für Brot wird aufgehoben.

Artikel 6.

Diese Nachtragsverordnung tritt am 27. Januar 1919 in Kraft.

Halle, den 21. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. Gröbel. — Der Magistrat. Rive. Pfautsch.

Frauen und Mädchen!

Bekanntmachung.

Während der kalten Jahreszeit soll auch in diesem Jahre armen Schulkindern der hiesigen städtischen Volksschulen täglich vor Schulanfang warme Morgensuppe unentgeltlich verabreicht werden.

Die Eltern, welche sich um diese Vergünstigung bewerben wollen, werden hierdurch aufgefordert, sich umgehend bei den zuständigen Rektoren zu melden.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Teilnahme der Kinder an der von der Stadt unentgeltlich gewährten Morgensuppe nicht als Armenunterstützung angesehen wird.

Halle, den 21. Januar 1919.

Der Magistrat.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 25. Jan. 1919, nachm. 3½ Uhr, zum letzten Male: **Schneewittchen**
Abds. 7½, Ende 10¼ Uhr: **Die Rose von Stambul.** Operette von Leo Fall.
Sonntag, den 26. Jan. 1919, nachmittags 3½ Uhr: Fremdenvorstellung zu ermässigten Preisen **Stradella.** Kom. Oper von Flotow.
Abds 7½ Uhr, Ende 11 Uhr: **Der arme Heinrich** Oper von Hans Pfitzner
Montag, den 27. Jan. 1919. Anf. 7½, Ende 10¾ Uhr: **Die versunkene Glocke.** Oper von Heinr. Zöllner.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 26. Jan. 1919, abends 7½ Uhr:
Comtesse Guckerl.
Lustspiel von Schönthan und Koppel-Ellfeld.

Zoo.
Sonntag den 26 Jan. 1919, nachmittags 3½ Uhr:
Konzert vom **Görlach-Orchester.**
Leitung: Musikdirektor H. Görlach.
Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf. Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.
Donnerstag, 30. Jan. 19, abends 8 Uhr:
Grosses Extra-Militär-Konzert
vom gesamten aktiven Trompeterkorps Feldartillerie-Regts. Nr. 75 zum 25jähr. Militär-Dienstjubiläum des Obermusikmeisters C. Steuer.

Gummierte und wasserdichte **Bettstoffe**
in guten Qualitäten sowie Bedarfsartikel für Wöchnerinnen und deren Säuglinge empfiehlt
C. Krappenbach, Große Ulrichstraße 41.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Krepp-Papier.
Kunstleder-Artikel, Kunstblätter, Tablett-Deckchen aus Papier
I. Zoebisch, Große Steinstr. 82

Die Glocke
Sozialistische Wochenschau
Heft 50 Pf., im Abonnement vierteljährlich 6.– Mk.
empfiehlt die **Buchhdlg. Volksstimme,** Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag Dresden 10 [1844

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. — **U.T.** — **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224.

Die Favoritin des Thronfolgers
Sensationelles Hof-Drama aus dem Leben Nikolaus des II. in 5 Akten.
Vorführung. 3,00 4.40 6.50 9.10

Das Pfadfindermädel
Reizendes Lustspiel in 2 Akten
Hauptrolle: **Frau Fritz Petersen.**
Vorführung: 4.10 6.20 8.50

Erna Morena
in dem soeben fertiggestellten grossen Sensations-Film
„Colombo"
Exotisches Schauspiel in 5 Akten.
Vorführung: 3,00 4.40 6.30 9.10

Elly und Nelly
Eine Burleske in 3 Akten.
Hauptrolle: **Wanda Treumann.**
Vorführung: 4.00 6.10 8.20

V 382 3 — Beginn: 3 Uhr.

Halle, den 4. Januar 1919.
Unserer verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, dass wir infolge Rückkehr unserer Brotfahrer aus dem Felde ab heute in der Lage sind, unser Brot wieder frei Haus zu liefern. Nach wie vor wird es unser eifrigstes Bestreben sein, unserer Kundschaft nur
ein wirklich gutes, schmackhaftes
Qualitäts-Brot
zu liefern. Telefonischer Anruf oder kurze Bestellkarte ist erwünscht, um eine schnelle und sichere Lieferung gewährleisten zu können. V 5 8/1
Gebr. Schubert
Brot-Fabrik und Roggenmühle.
Aelteste, grösste und leistungsfähigste Spezial-Fabrik der Provinz Sachsen.
Telephon 6675. Kontor: Merseburgerstrasse 102.

Große Techniker-Versammlung
am Montag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, in den Germaniasälen, Gr. Steinstr. 27.
Vom Werkmeister bis zum technischen Leiter und selbständigen Techniker, Ingenieure, Chemiker, Architekten, kommt in Massen und
protestiert gegen das
Abhängigkeitsverhältnis, das unserem Berufsstand bisher im Wirtschaftsleben des Staates zugewiesen war.
Referent: Genest-Berlin.
„Der Techniker im Wirtschaftsleben".
Frauen sind ebenfalls gebeten
Bund technischer Berufsstände.
Hartmann. Brzygode.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190125-12/fragment/page=0006